

<b>Thomas Weber</b> Ausblick des Regierungspräsidenten auf 2022 <b>Seite 2</b>	<b>Andi Trüssel</b> Abstimmung über die Klima-Initiative der Grünen BL vom 13. Februar 2022 <b>Seite 4</b>	<b>Reto Tschudin</b> Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft <b>Seite 5</b>	<b>Thomas de Courten</b> Tabakwerbeverbote: Wehret den Anfängen staatlicher Bevormundung <b>Seite 6</b>	<b>Sandra Sollberger</b> Freie Medien gibt es nur ohne staatliche Förderung <b>Seite 6</b>
--------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------



# Rettet die privaten Medien vor der staatlichen Knechtschaft



**GAST-KOMMENTAR**

Von Christian Keller\*

*Der Skandal um das Video des Ringier-Chefs Mark Walder hat gezeigt, warum das Mediensubventionsgesetz am 13. Februar unbedingt abgelehnt werden muss.*

Was für eine beschämende Enthüllung! Zum Jahreswechsel machte der «Nebelspalter» ein skandalöses Video publik, in dem Marc Walder im Zusammenhang mit der Corona-Krise offen über den Gefälligkeits-Journalismus der Ringier-Gruppe (u.a. «Blick») sprach. Selten war ich als Journalist so sehr von der eigenen Branche enttäuscht.

Walder ist der CEO des milliardenschweren und international tätigen Zürcher Medienkonzerns. Seine Anweisung an all die Hunderten von Journalistinnen und Journalisten im Betrieb lautete, sich bei der Pandemie-Bewältigung brav auf die Seite der jeweiligen Regierungen zu stellen. Die Medien sollten «keinen Keil» zwischen Gesellschaft und Politik treiben. Seit der «Nebelspalter» diese Bombe hat platzen lassen, wissen wir Bescheid, warum der «Blick» stets frühzeitig die neusten Covid-Massnahmen-Pläne von Gesundheitsminister Alain Berset (SP) kennt und beklatscht. Und wir können vermuten, warum der Bund seit Virus-Ausbruch bei Ringier entsprechende Inseratekampagnen in der Höhe von 1,2 Millionen Franken geschaltet hat, wie öffentlich zugängliche Zahlen belegen.

**Journalisten sind keine Hofberichterstatter**

Die aufgedeckte Verbrüderung von Medien und Staat: Sie ist völlig inakzeptabel und gefährlich. Es handelt sich um einen Angriff auf unser direktdemokratisches System. Die NZZ bezeichnete Walders Direktive deshalb

völlig zu Recht als «journalistische Bankrotterklärung». Verwaltung und Regierung sind nicht der «Feind», den man aus Prinzip schlechtmacht. Aber wir Journalistinnen und Journalisten haben als «vierte Gewalt» die Aufgabe, unabhängig staatliches Handeln einzuordnen und kritisch zu hinterfragen. Wenn wir das nicht mehr tun, verlieren wir bei den Bürgerinnen und Bürgern jegliche Glaubwürdigkeit. Dann sinken wir zu Hofberichterstattern von Bundesrats Gnaden herab und verlieren unsere Existenzberechtigung.

**Was auf dem Spiel steht**

Der Fall Walder zeigt in aller Deutlichkeit, was am 13. Februar auf dem Spiel steht, wenn wir in der Schweiz über das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» abstimmen. Findet diese Vorlage eine Mehrheit, werden die privaten Medien mit Steuergeld geradezu überhäuft. Dann steigen die jährlichen Subventionen von heute 50 Millionen Franken auf 178 Millionen Franken. Hauptprofiteure dieses Raubzugs auf die Staatskasse wären die hochrentablen Schweizer Grossverlage TX Group, CH Media, NZZ und eben Ringier (100 Mio. Gewinn jährlich), die rund 70 Prozent der Fördermittel erhalten würden. Wir wollen uns nicht vorstellen, was für ein «Journalismus» auf uns

wartet, wenn dieser neue Geldhahn in Bern aufgedreht wird!

Ich frage mich ohnehin: Wie wollen Medien noch kritisch über die Vergabe von Subventionen schreiben, wenn sie selber durchsubventioniert sind? Da lacht sich doch jeder kaputt!

### **Wir brauchen jede Stimme**

Die SVP, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken, hat unser nationales Referendumskomitee von der ersten Sekunde an tatkräftig unterstützt. Wir konnten trotz der vielen pandemiebedingten Einschränkungen 120'000 Unterschriften sammeln, was ein starker Wert ist.

Nun bitte ich Sie alle, die diese Zeilen lesen, sämtliche Kräfte zu mobilisieren: Bitte helfen Sie mit, dass wir am 13. Februar an der Urne ein NEIN erreichen und die Unabhängigkeit der privaten Medien erfolgreich verteidigen. Wir brauchen jede Stimme!

Nicht nur die Medienvielfalt, auch die Meinungsvielfalt steht auf dem Spiel. Denn machen wir uns nichts vor: Die geplanten Subventionen würden die Monopole der Konzernmedien zementieren – und damit auch den Einheitsbrei, an dem sich viele Menschen im Land stören.

Kleine, innovative Medienunternehmen in den Regionen, die sich mit neuen Modellen und unternehmerischem Risiko zu etablieren versuchen – ich erlaube mir, auch «Prime News» dazuzuzählen –, würden durch das Mediensubventionsgesetz diskriminiert und hätten im Markt kaum mehr eine Chance.

### **Das falsche Spiel der Befürworter**

Die Befürworter wissen das sehr genau. Um von den Tatsachen abzulenken, treiben sie ein falsches Spiel: Sie behaupten, die Medien blieben trotz der vielen Steuermillionen unabhängig.

Ausserdem nütze das Gesetz vor allem den kleinen Verlagen. Beide Argumente entbehren jeglicher Grundlage und sind Fake News, wie wir auf unserer Komitee-Webseite im Detail aufzeigen ([www.medien-massnahmenpaket-nein.ch](http://www.medien-massnahmenpaket-nein.ch)).

Fakt ist vielmehr, dass sich reiche Grossverlage unverschämt am Volkvermögen bedienen wollen, um ihre Profite zu steigern. Ich bin wahrlich kein Klassenkämpfer, aber in diesem Fall ist das leider die traurige Wahrheit.

Bitte helfen Sie mit, diesen Subventionsjägern am 13. Februar die Laune so richtig zu verderben. Vielen Dank!

*\* Christian Keller ist Inhaber und Herausgeber des Basler Onlineportals «Prime News» ([www.primenews.ch](http://www.primenews.ch)). Er sitzt im Vorstand des Komitees «Nein zu staatlich finanzierten Medien».*

# Ausblick des Regierungspräsidenten auf 2022



*Regierungspräsident Thomas Weber, Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft*

### **Wie zuversichtlich sind Sie für das Jahr 2022? Wir dachten schon vor einem Jahr, es werde nun besser.**

Meine Hoffnung ist, dass das Coronavirus endemisch wird, dass neue Mutationen zwar ansteckender, aber weniger gravierend sein werden. Das Perfide ist halt einfach, dass wir uns nicht da-

rauf verlassen können. Wir müssen uns auch in einem Jahr noch darauf einstellen, dass es wieder eine Welle geben könnte.

### **Die Konjunkturprognosen sind eigentlich gut, aber droht wegen der aktuellen Welle nun ein Rückschlag?**

Das glaube ich weniger. Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaft erfreulich robust ist und sich schnell wieder erholt, mit Ausnahme der am härtesten betroffenen Branchen wie die der Schausteller oder Klubbetreiber. Aber das Rückgrat der Baselbieter Wirtschaft, also die KMU und auch mittlere und grössere Unternehmen im Life-Sciences-Bereich, hat sich rasch erholt. Die Auftragslagen sind gut. Was ich von vielen Seiten höre, ist, dass es Probleme bei den Lieferketten gibt. Viele kommen nicht zu ihren Halbfabrikaten oder Rohprodukten. Das kann mit der Zeit verstärkt ein Thema werden, und man muss vielleicht wieder mehr in die Lagerhaltung oder Inlandfabrikation investieren, was man lange nicht gemacht hat. Aber ich rechne nicht mit einer eigentlichen Baisse.

**Der Kanton Baselland investiert in die Arealentwicklung und kann etwa in Allschwil, Arlesheim und Bubendorf auch Erfolge verzeichnen; dafür harzt es etwa in Salina Raurica oder im Waldenburgertal. Wie fit ist der Kanton**

### **für die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich?**

Wir haben in den vergangenen fünf, sechs Jahren einigen Schub bekommen, das ist erfreulich. Das Waldenburger Tal jedoch ist heute etwa dort, wo das Laufental vor zehn Jahren war. Ich denke allerdings, dass wir durch die Investition von rund 300 Millionen in die Waldenburgerbahn künftig eine hervorragende Erschliessung bieten und damit eine gute Voraussetzung, dass es auch dort vorwärtsgeht.

### **Haben Sie eine konkrete Vorstellung, welche Branchen sich im Waldenburger Tal etablieren könnten?**

Es wäre schön, wenn sich zum Beispiel in Sachen Medizintechnik, Robotik oder Upcycling (d.h. Umwandlung von vermeintlichen Abfallstoffen zu hochwertigen Produkten) Firmen ansiedeln würden. Etwas, was von der Verkehrserschliessung und der ländlichen Umgebung profitieren kann. An Bedeutung hat im ländlichen Gebiet mit vermehrtem Arbeiten von zu Hause aus der Wohnraum gewonnen: Da sehe ich Potenzial für die Bezirke Sissach und Waldenburg.

### **Früher wanderten Baselbieter Unternehmen nach Basel-Stadt ab, heute geschieht auch das Umgekehrte. Sind Stadt und Land wirtschaftliche Konkurrenten?**

Nein, wir sind hier komplementär. Wenn ein paar Hochschulabsolventen ein Unternehmen gründen, suchen sie einen Standort mit urbanem Groove. Irgendwann stellen sie Leute an, und sobald sie Platz brauchen, wird das Land attraktiv.

### **Wie eng ist das Verhältnis zwischen den beiden Kantonsregierungen?**

Das ist objektiv gesehen sehr eng. Keine zwei anderen Kantonsregierungen treffen sich so regelmässig, und die Fachdirektionen und -departemente sind ebenfalls im ständigen Austausch. Aber klar: Wenn sich ein Gremium fast vollständig erneuert wie vor Kurzem in Basel-Stadt, muss sich dies erst wieder einspielen.

### **Differenzen gibt es zum Beispiel bei der Corona-Politik.**

Ja, es ist in der Tat so, dass die Einschätzungen nicht identisch sind, vor allem bei der Grundfrage Sicherheit versus Freiheit. Das ist wohl system-

bedingt: Wenn ein Departement primär für die Gesundheit zuständig ist wie in Basel-Stadt, gibt es naturgemäss vor allem diesen Fokus. In der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion müssen wir bereits intern stets zwischen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Interessen, zwischen Nutzungs- und Schutzaspekten, abwägen. Letztlich sind die Lebensrealitäten in der Stadt auch in Teilen anders als im breiter strukturierten Baselbiet.

### **Als es im Spätsommer 2021 darum ging, die Zertifikatspflicht auszudehnen, waren Sie dagegen. Inzwischen hat das Zertifikat deutlich an Bedeutung gewonnen. Wie hat sich Ihre Haltung seither verändert?**

Wir sollten so viel wie nötig und so wenig wie möglich eingreifen. Wir haben wieder eine sehr hohe Belastung des Gesundheitssystems und insbesondere der Intensivstationen. Ob das tragbar ist oder nicht, da gehen die Meinungen auseinander. Klar ist: Wir dürfen keinen Kollaps des Gesundheitssystems in Kauf nehmen. Doch ich bin nach wie vor nicht glücklich, dass wir einen Teil der Bevölkerung vom Alltagsleben ausschliessen, sei das mit 2-G oder mit 3-G. Aber das ist von den schlechten Lösungen vielleicht im Moment noch die mildeste. Nach wie vor bin ich dezidiert gegen Betriebsschliessungen. Es gibt keine Evidenz, dass die Schliessung von Restaurants einen direkten Einfluss auf die Auslastung der Intensivstationen hätte, aber es gibt sehr viele Belege, dass Betriebsschliessungen Kollateralschäden verursachen, die schwer tragbar sind. Bis hin zur Belastung der Psychiatrie durch Junge: Irgendwo muss man in diesem Alter auch noch ein halbwegs normales Sozialleben führen können. Übrigens auch in meinem Alter.

### **Als Gesundheitsdirektor müssen Sie für die Entscheide über Corona-Massnahmen geradestehen. Wie wirkt sich das auf Ihr Privatleben aus?**

Das ist schon anspruchsvoll, auch in der Familie. Man darf da nicht den Konflikt suchen. Es bereitet mir schon Sorgen, dass in einigen Familien Geschwister nur wegen der Frage der Impfung nicht mehr miteinander auskommen. Auch wenn man den Impfscheid des Gegenübers nicht verstehen kann, sollte man ihn akzeptieren können.

### **Haben Sie im privaten Umfeld schwere Corona-Verläufe miterlebt?**

Ja, es gab einen schweren Verlauf in meinem privaten Umfeld. Zuerst wurde Corona trotz zweier Tests nicht entdeckt, man ging von einer Lungenentzündung aus. Das war im August 2020. Nun hat sich im Spätherbst 2021 gezeigt, dass die betroffene Person einen sehr hohen Wert von Covid-Antikörpern hat. Sie hatte sich im Frühling impfen lassen, hat aber extrem schlecht mit starken Nebenwirkungen darauf reagiert – mit gravierenden Folgen bis heute. Darum ist diese Person natürlich nicht mehr für eine Zweitimpfung und den Booster zu gewinnen. Das Beispiel zeigt, dass eine kritische Haltung im Einzelfall nachvollziehbare Gründe haben kann. Man darf allerdings deswegen nicht verallgemeinern und sagen, die Impfung sei schlecht. Die Impfung ist für den allergrössten Teil der Bevölkerung ein guter Schutz und damit für die öffentliche Gesundheit insgesamt wertvoll.

### **Kommen wir noch zu anderen Themen. Ursprünglich sollte im Rahmen des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfestes 2022 in Pratteln eine spektakuläre Velohochbahn getestet werden, was aber wegen umstrittener politischer Verstrickungen scheiterte. Nun steht die Teststrecke auf dem Wolf-Areal in Basel. Eine verpasste Chance?**

(lacht) Auf die Gefahr hin, dass man mich einen Amigo nennt: Ich war als Ingenieur begeistert von diesem Projekt und sah auch ein Potenzial; entsprechend bedaure ich, dass das Projekt gescheitert ist. Irgendwo wird es einmal solche oder ähnliche Hochbahnen geben. Der Raum wird immer knapper, die Bevölkerung wächst, die Velomobilität nimmt zu. Es wäre ja schon der Hit, wenn man in zehn Minuten von Aesch nach Liestal fahren könnte. Rückblickend müssen wir selbstkritisch sagen, dass wir bei aller Euphorie und Geschwindigkeit auch die Parlamentskommissionen früher hätten einbinden sollen.

### **Wird das Schwingfest trotz Corona wie geplant durchgeführt werden können?**

Vergangenen Juni sagte ich, es sei zu 90 Prozent sicher, dass wir das «Eidgenössische» im August 2022 durchführen werden. Inzwischen sind es vielleicht noch 70 Prozent. Klar bleibt: Wir fahren voll vorwärts gemäss Plan A.

### Welchen Stellenwert hat das Fest für den Kanton?

Das Fest ist eine grosse Chance für die Schwingverbände und -klubs in der Region. Wir waren mal eine Schwingerhochburg mit vier Königen, wie Peter Vogt aus Muttenz. Es gibt also Potenzial auf sportlicher Ebene. Es geht beim Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest auch darum,

lebendige Traditionen wie das Trachtenwesen oder die Volksmusik auf lange Sicht zu stärken. Und es ist eine Gelegenheit, unsere Region der ganzen Schweiz zu präsentieren. Auch unsere Partner aus der Wirtschaft sind sehr engagiert. Wenn das Fest wie geplant durchgeführt werden kann, dann wird es richtig krachen Ende August.

### In dieser Zeit wird auch der Wahlkampf im Baselbiet langsam Fahrt aufnehmen. Deshalb noch die Gretchenfrage: Treten Sie 2023 wieder an?

Diese Frage werde ich dann nach dem laufenden Präsidialjahr beantworten. (lacht)

(Leicht gekürztes Interview aus der «Basler Zeitung» vom 27. Dezember 2021, Thomas Dähler/Jan Amsler. Foto: Dominik Plüss)

## Abstimmung über die Klima-Initiative der Grünen BL vom 13. Februar 2022



Von Andi Trüssel

Mit Verboten, Preiserhöhungen, inkonsequentem Denken und Handeln will man das Klima schützen. Schützen? Beeinflussen, sofern überhaupt möglich, wäre der geeignetere Begriff, aber lassen wir die Wortklauberei. Diese Initiative ist eine orchestrierte, schweizweite Aktion der Grünen.

### Inkonsequentes Denken und Handeln

Beim Energie-Gesetz 2050, das im Jahr 2017 leider angenommen wurde, ging es den Befürwortern nur um die Kernenergie! Die wollte man verbieten, was leider auch gelang. Von 100% unseres gesamten Energiekonsums stossen 75% CO<sub>2</sub> aus (Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Flugpetrol). Der Rest, 25% Elektro-Energie aus Wasser- (60%) und Kernkraft (40%) stossen direkt kein CO<sub>2</sub> aus und nur um diese 10% Kernenergie (40% von 25%) ging es den Gesetzesbefürwortern. Und dabei ist das Ge-

schrei, der Anteil CO<sub>2</sub> sei viel zu hoch, nicht zu überhören! Nur ohne diese 0,04% *Lebensgas CO<sub>2</sub>* in unserer Luft gäbe es keine Pflanzen. Nachzulesen ist das alles im Buch von Dr. M. Häring «CO<sub>2</sub> der Sündenbock?».

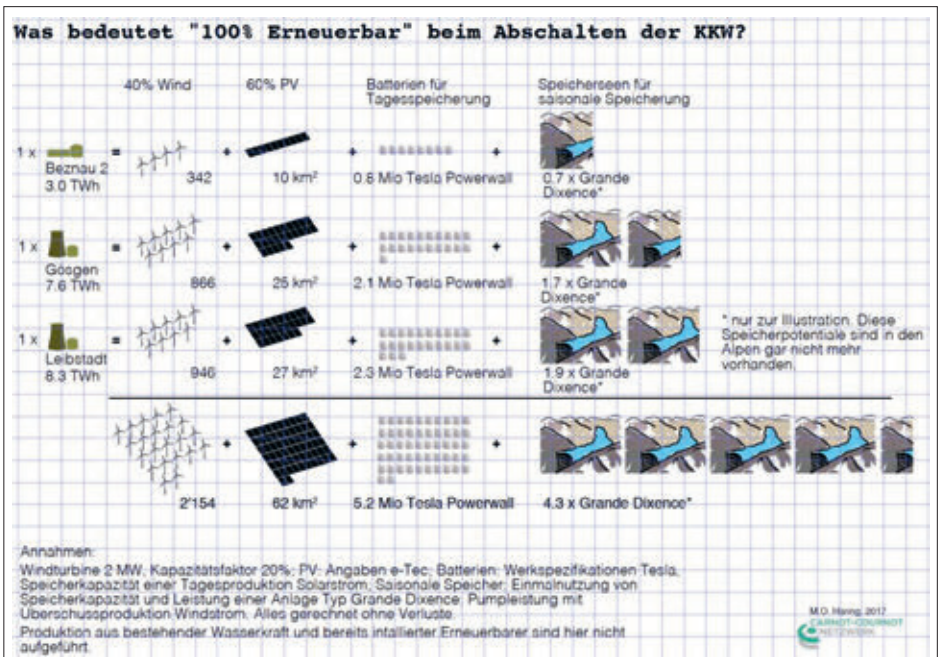
Mit Wind, Sonne und unseren Steuergebern will man der Energielücke, die sich unweigerlich auftun wird, entgegenwirken. Bei zurückhaltender Rechnung und ohne Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums (alle Autos werden E-Autos, alle Heizungen werden mit Wärmepumpen ersetzt, das Flugpetrol wird synthetisch mit Strom hergestellt) benötigen wir, um die 75% CO<sub>2</sub> emittierenden Energieträger durch Elektro-Energie zu ersetzen, zusätzlich 4–5 Kernkraftwerke (KKW) vom Typ 1000 MW! Nicht vergessen dürfen wir die 4 KKWs (Beznau 1+2, Gösgen und

Leibstatt), die ebenfalls ersetzt werden müssen.

Die Energieumwandlung der Sonnen- und Windenergie zu Elektro-Energie betrug im Jahr 2020 gerade mal 0,36% vom gesamten Energiekonsum! Man rechne!

Nur schon die bestehenden KKWs mittels Sonnen- und Windenergie zu ersetzen, hätten die nachfolgenden Installationen und die daraus resultierenden Konsequenzen zur Folge: Schon nach wenigen Stunden ohne elektrische Energie haben wir keine funktionierende Wirtschaft mehr, nach 2–3 Tagen bricht das Chaos aus und Plünderungen werden an der Tagesordnung sein! Wollen wir unseren hart erarbeiteten Wohlstand so aufs Spiel setzen?

Ich will das nicht!



## Preiserhöhungen auf die Energie und Verbote

Die Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz im vergangenen Jahr zeigte klar auf: So geht es nicht!

Technologieverbote sind gegen jede liberale Gesellschaft und verhindern jegliche Innovation. Unsere gescheiterten Köpfe sind unser Kapital, wir brauchen dringend mehr Physiker, Chemiker, Mathematiker, Ingenieure etc., aber mit dem Verbot der Kernenergie wird wohl kein begabter junger Mensch Kernphysik studieren!

## Der Text zur Klima-Initiative

### § 1 Klimaziele

Die Klimaziele von Paris sind für den Kanton Basel-Landschaft verbindlich.

### § 2 Treibhausgas-Inventar und -Reduktion

1. Der Regierungsrat erhebt die Treibhausgas-Emissionen jährlich in geeigneter Weise und unterbreitet die Erhebung dem Landrat zur Genehmigung.
2. Der Regierungsrat definiert die für das Erreichen der Klimaziele notwendigen Reduktionspfade bezogen auf den Zeitraum ab Inkrafttreten dieses Gesetzes bis zum Jahr 2050.
3. Inventar und Reduktionspfade sind in geeigneter Weise zu gliedern. Insbesondere werden die Bereiche

Gebäude, Energieversorgung, Verkehr, Landwirtschaft und Finanzmärkte behandelt.

### § 3 Massnahmen bei Verfehlen der Reduktionspfade

1. Wird deutlich, dass das Verfehlen mindestens eines Reduktionspfades droht, unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat innert sechs Monaten seit der Genehmigung des jährlichen Berichts durch den Landrat die für das Einhalten der Reduktionspfade erforderlichen gesetzgeberischen und planerischen Massnahmen.
2. Der Regierungsrat ergreift zudem im Rahmen seiner Kompetenzen alle erforderlichen Massnahmen.

### § 4 Klimakoordination

Alle administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen obliegen einer Klimakoordinatorin oder einem Klimakoordinator, die oder der für die direktionsübergreifende Koordination im Bereich des Klimaschutzes zuständig ist.

### § 5 Verantwortlichkeit der Direktionen

1. Der Regierungsrat ordnet die einzelnen Teilbereiche des Inventars respektive die einzelnen Reduktionspfade den Direktionen zu.

Eine unausgeglichene Initiative, die in der Kommission wegen Grün/Links mit

einem Gegenvorschlag hätte verbessert werden müssen, wurde dank der bürgerlichen Zusammenarbeit, unter der Führung der SVP, gebodigt. Somit steht nur die Initiative allein zur Abstimmung!

### Zum § 1

Der Baselbieter CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Vergleich zum weltweiten, jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss, beträgt gerade mal 20 Minuten! Das Jahr hat aber 525'600 Minuten!

### Zum § 2

Eine reine Verwaltungsübung – und bringt ausser Papier nichts!

### Zum § 3

Eine reine Alibi-Übung. Wenn die ganze Schweiz inkl. des Baselbiets den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf Null setzt, merkt das auf der Welt niemand!

### Zum § 4

Eine reine Verwaltungsübung – und bringt ausser Papier nichts!

### Zum § 5

Eine reine Verwaltungsübung – und bringt ausser Papier nichts!

Aus allen dargelegten Argumenten gibt es nur eine Antwort und zwar: Diese Initiative ist abzulehnen! Dies wird auch vom Regierungsrat und dem Landrat empfohlen.

Link zur Info Blackout:

<https://www.youtube.com/watch?v=6jpXPZVSgJA>

## Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft betreffend Volksinitiativen – Reduktion der politischen Rechte oder Ausbau der Sinnhaftigkeit?



Von Reto Tschudin

Der Landrat hat in seiner Schlussabstimmung der Verfassungsänderung mit 81 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung

zugestimmt und somit klar Position für die Revision der Verfassung bezogen. Diese bezweckt im Wesentlichen die Einführung einer Frist für die Unterschriftensammlung lancierter Initiativen, was bisher in unserem Kanton nicht der Fall war. Diese nun vom Landrat beschlossene Verfassungsrevision erscheint im ersten Moment eine Verschärfung, ja eine Reduktion der politischen Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger zu sein. Fakt ist aber, dass ohne Fristsetzung auch bereits überholte Themen zu Volksinitiativen werden könnten. Wer bisher «A» sagte, musste also nicht gleich «B» sagen und konnte sich demnach für das Einreichen der Initiative so viel Zeit lassen wie er woll-

te. Diejenigen, welche die vermeintlich gute Idee mitunterschieden hatten, konnten keinen Einfluss nehmen und auch ihre Unterschrift nicht mehr zurücknehmen. Aus diesem Grund ist das Einführen einer Frist von zwei Jahren eben auch eine Steigerung der politischen Rechte der Mitunterzeichner und somit insgesamt ein Ausbau der Sinnhaftigkeit. Im Weiteren ist zu bedenken, dass der Kanton Basel-Landschaft gut 280'000 Einwohnerinnen und Einwohner zählt. Es sollte also möglich sein, innert zweier Jahre die benötigten 1500 Unterschriften zu sammeln. Die SVP-Landratsfraktion empfiehlt Ihnen deshalb am 13. Februar 2022 ein JA zur Verfassungsrevision.

# Tabakwerbeverbote: Wehret den Anfängen staatlicher Bevormundung



Von Thomas de Courten

Diese Volksinitiative wurde im Jahr 2018 von einer Allianz von verschiedenen – mindestens teilweise massiv staatlich subventionierten – missionarischen Gesundheitsorganisationen lanciert. Darnach als Reaktion auf die Rückweisung eines ersten bundesrätlichen Gesetzesentwurfs zur Tabakprävention durch die eidgenössischen Räte. Dieser erste Entwurf war weder brauchbar noch mehrheitsfähig. Dennoch hat das Parlament auf der Grundlage eines danach überarbeiteten Entwurfes des Bundesrates zwischenzeitlich ein neues Tabakproduktegesetz verabschiedet. Dieses

neue, bereits beschlossene und in Kraft tretende Gesetz nimmt die zentralen Elemente eines wirksamen Kinder- und Jugendschutzes vor Tabakkonsum auf. Demnach dürfen in der ganzen Schweiz Tabakprodukte und elektronische Zigaretten nicht mehr an Minderjährige verkauft werden. Tabakwerbung auf Plakaten, in Kinos, auf Sportplätzen, in und an öffentlichen Gebäuden sowie in und an öffentlichen Verkehrsmitteln wird verboten. Auch andere Tabakwerbung, die sich – wenn auch nur mutmasslich – an Minderjährige richtet, ist künftig verboten. Eingeschränkt wird auch das Sponsoring von Veranstaltungen für Jugendliche oder solche mit internationaler Ausstrahlung.

Das Ziel der Initiative ist damit längst erreicht, sie wird dennoch nicht zurückgezogen. Denn die inhaltlichen Forderungen sind noch viel radikaler. Jegliche Werbung soll verboten werden, wenn sie Kinder und Jugendliche auch nur zufälligerweise noch erreichen könnte. Werbung wäre höchstens noch an Orten erlaubt, die sicher nicht von Minderjährigen frequentiert werden. Diskotheken, Nachtclubs, Sex-Shops? Selbst eine explizit an Erwachsene gerichtete Werbung in einem ausländischen Heftli am Kiosk könnte verboten werden, wenn die

Gefahr besteht, dass sie von Minderjährigen gesehen wird. Das ist doch absurd. Der Jugendschutz darf nicht als Vorwand benutzt werden, um vollständige Kommunikations- und Werbeverbote für legale Produkte einzuführen. Im Konkreten geht es auch um direkt oder indirekt betroffene Arbeitsplätze in der Schweiz, rund 11'000. Dies entspricht einer volkswirtschaftlichen Wertschöpfung von nicht weniger als rund 6,3 Milliarden Schweizerfranken.

Nicht zu vergessen: ein komplettes Werbeverbot für erlaubte Produkte verstösst gegen die Verfassung. Die Werbefreiheit als Teil der Wirtschaftsfreiheit und der unternehmerischen Freiheit geht vor. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Befürchtung, dass solche Werbeverbote nur der Anfang weiterer staatlicher Bevormundungen sein könnten. Gegen übermässigen Konsum von Süssgetränken beispielsweise; oder zu viel salzigen Erdnüssli – auch gesundheitsschädigend. Schokolade ist auch des Teufels, zu viel Fleisch auf dem Grill und der SUV in der Garage sowieso. Es nimmt kein Ende. Wehret den Anfängen.

Diese Initiative geht zu weit. Aus diesem Grund halten es der Bundesrat, das Parlament und die SVP gleich. Die Initiative ist an der Urne klar abzulehnen.

# Freie Medien gibt es nur ohne staatliche Förderung



Von Sandra Sollberger  
Nationalrätin SVP BL

Am 13. Februar 2022 stimmt die Schweiz über ein neues Massnahmenpaket zugunsten der Medien ab. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, weil es Journalisten und Medienverlage immer mehr abhängig macht vom Staat und der Politik.

Ich unterstütze dieses Referendum voll und ganz. Mit der geplanten Förderung der Schweizer Medien sollen Verlagsunternehmen mit bis zu 150 Millionen Franken mehr pro Jahr ausgestattet und neu auch Online-Medien unterstützt werden. Diese überbordende Förderung geht definitiv zu weit! Wir haben bereits heute einen Einheitsbrei in der Zeitungslan-

dschaft. Auf allen Online-Medien-Plattformen und selbst in den gedruckten Zeitungen steht heute schon fast überall das Gleiche. Die grossen Medienhäuser bestimmen zusehends den Markt. Dazu kommt noch das staatliche Fernsehen. Mit der geplanten Medienförderung würde diese Tendenz noch verstärkt. Das Geld ginge vor allem an die eh schon reichen Verlage. Und Sie kennen den Spruch: Wer zahlt, befiehlt. Mit diesem zusätzlichen Geld, das die Verlage bekommen, werden sie noch stärker als heute an die Politik gebunden.

Schon während der Corona-Krise haben wir gesehen, dass sich die meisten Me-

dien hingebungsvoll als unkritisches Regierungssprachrohr präsentierten. Mit einer weiteren Subventionierung dieser Medien würden sie weiterhin als Sprachrohr der Regierung fungieren, jedoch durch das viele neue Geld nochmals lauter und stärker auftreten! Medien und Journalisten, die eine andere Meinung vertreten, werden es so nochmals schwieriger haben, gehört zu werden. Es wird auch für uns Bürgerinnen und Bürger erschwert, sich eine eigene Meinung zu bilden, weil unabhängige Medien immer mehr vom Markt verschwinden. Dies muss unbedingt verhindert werden.

Staatlich und politisch einseitig gelenkte Medien sind auch mit unserer Demokratie und freiheitlichen Ordnung nicht vereinbar. Diese Förderung der grossen Verlage würde die freie Meinungsbildung und Medienvielfalt noch weiter schwächen. Ein unabhängiger

Journalismus würde weiter behindert. Innovation und zeitgemässe Anpassungen, um die Verlage fit für die Zukunft zu machen, werden gerade nicht gefördert. Die staatliche Lenkung führt dazu, dass die grossen Medienverlage offensichtlich an der Zeit und an der Gesellschaft vorbei wirtschaften. Was wir bräuchten sind jedoch mehr Unternehmertum und einen freien Medienmarkt. Und dies ist nur möglich, wenn die grossen Verlage nicht weiter von der Politik gefüttert werden.

Mit einem Nein zu dieser zusätzlichen Subventionierung unterbinden wir die schädliche Verandelung zwischen Grossverlagen und Politik. Denn die Förderung untergräbt die Medienvielfalt, die wir so dringend nötig haben. Deshalb bitte ich Sie dringend, diese Vorlage abzulehnen und das Referendum mit einem Nein zum Mediengesetz zu unterstützen.



## Versorgungssicherheit und Volksgesundheit nicht aufs Spiel setzen!



Von Thomas de Courten

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein vollumfängliches Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen. Die Durchführung von Tierversuchen soll als Tierquälerei eingestuft und daher bestraft werden. Zudem sollen die Einfuhr und der Handel für sämtliche Produkte, die unter Anwendung von entsprechenden Versuchen entwickelt wurden, verboten werden. Schliesslich verlangt die Initiative auch, dass tierversuchsfreie Er-

satzansätze mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhalten wie bislang die Forschung mit Tierversuchen.

Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative wurde 2017 lanciert und ist am 18. März 2019 mit 123'640 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Der Bundesrat lehnt sie ebenso ab wie National- und Ständerat. Die eidgenössischen Räte empfehlen die Vorlage ohne Gegenstimme zur Ablehnung.

Bei einer Annahme ist mit weitreichenden negativen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Schweiz, ihre forschende Industrie und ihre Hochschulen zu rechnen. Die Initiative wäre zudem mit verschiedenen internationalen Verpflichtungen nicht kompatibel und hätte zur Folge, dass ein rigoroser Kontrollapparat aufgezogen werden müsste.

Die Initiative setzt die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung in verantwortungsloser Weise aufs Spiel. Sie gefährdet die Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten und schliesst Patientinnen und Patienten von den neuesten medizinischen Fortschritten aus. Es droht eine Zweiklassenmedizin.

In der Schweiz sind Forschende bereits heute verpflichtet, Tierversuche auf ein Minimum zu beschränken und wenn

immer möglich Alternativmethoden zu wählen. Tierversuche werden also nur durchgeführt, wo sie aus wissenschaftlichen, ethischen und regulatorischen Gründen unerlässlich und nicht ersetzbar sind.

Unter Beteiligung der Industrie und der Hochschulen konnte die Anzahl Tierversuche bereits seit den 1980er-Jahren um über 70 Prozent gesenkt werden. Zudem lancierte der Bundesrat 2021 ein neues, mit 20 Millionen Franken dotiertes Forschungsprogramm mit dem Ziel, die Anzahl Tierversuche weiter zu reduzieren. Dieser Trend dürfte sich angesichts der fortlaufenden Bestrebungen, neue Alternativmethoden zu entwickeln, weiter verstärken. Die Schweiz verfügt zudem über ein weitgehendes, griffiges Tierschutz- und Humanforschungsgesetz.

Die Initiative schwächt den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz und setzt somit den zentralen Faktor für Erfolg und Wohlstand in unserem Land infrage. Unternehmen und Forschungsinstitute müssten Teile ihrer Aktivitäten auslagern oder die Schweiz ganz verlassen.

Die Initiative bricht mit internationalen Verträgen. Es drohen Vergeltungsmassnahmen, welche die Schweizer Exportindustrie gefährden.

# Weniger Steuern und Abgaben! Da muss man einfach JA sagen



Von Sandra Sollberger  
Nationalrätin SVP BL

Am 13. Februar 2022 stimmen wir an der Urne über die Abschaffung der sogenannten Stempelabgabe ab. Die Stempelabgabe muss heute bezahlt werden, wenn ein Unternehmen neu gegründet wird oder wenn eine bestehende Firma ihr Eigenkapital erhöht. Wenn jemand eigeninitiativ ein Unternehmen aufbauen oder das Eigenkapital des Betriebes als Reserve oder für Investitionen erhöhen möchte, wird diese Person mit einer Stempelsteuer gebüsst! Dies zeigt, wie schlecht diese aktuelle Vorgabe ist. Deshalb müssen wir unbedingt Ja sagen zur Gesetzesänderung, welche diesen alten Zopf endlich abschneidet und den Unternehmern in unserem Land mehr Freiraum und Eigenverantwortung ermöglicht. Heute sind jährlich rund 2300 Betriebe von dieser Abgabe betroffen. Für

die Schweiz ist dies ein wesentlicher Standortnachteil. Andere Länder kennen keine solche Abgabe und profitieren von Firmen, die neu gegründet werden oder ihr Eigenkapital erhöhen. Mit diesem Nachteil soll nun endlich Schluss sein! Wir wollen doch, dass neue Unternehmen möglichst unkompliziert entstehen können. Wir brauchen starke junge Unternehmer in unserem Land. Wenn wir diese Abgabe mit einem Ja zur Gesetzesänderung abschaffen, dann können die Firmen ihr Eigenkapital einfacher erhöhen. Denn was passiert mit diesem Eigenkapital? Damit werden Arbeitsplätze geschaffen, Innovationen und neue Geschäftsfelder erschlossen oder sonstige Investitionen getätigt. Davon profitieren nicht nur die Firmen selbst, sondern auch Zulieferer und Partnerfirmen. Mit der Abschaffung dieser staatlichen Abgabe können Betriebe neues Eigenkapital aufnehmen, ohne dass sie darauf Steuern bezahlen müssen. Das wirkt sich positiv auf das Wirtschaftswachstum und die Arbeitnehmer aus, dazu stärkt es schlussendlich die Schweizer Wirtschaft und unseren Wohlstand. Es stärkt aber auch die Schweiz als Unternehmensstandort, weil wir mit dem heutigen System gegenüber dem Ausland im Nachteil sind.

In dieser Pandemie hat es sich gezeigt, dass Firmen mit mehr Eigenkapital besser durch Krisen kommen, als solche, die keine Reserven haben. Indem wir die Stempelabgabe abschaffen, können Firmen also für zukünftige Not-

situationen, wie wir sie in dieser Pandemie gehabt haben, besser vorsorgen. Sie sind also dadurch auch weniger abhängig vom Staat und besser für Notlagen gewappnet.

Mit der Gesetzesänderung wird der Wirtschaft mehr Freiraum gegeben und das Unternehmertum wird gestärkt. Die Abschaffung der Stempelabgabe fördert also auch das gesamte wirtschaftliche Umfeld und die Volkswirtschaft als Ganzes und macht sie krisenfester. Somit ist es für mich klar, dass es ein Ja zu dieser Gesetzesänderung braucht. Setzen auch Sie sich ein für eine freie Wirtschaft und eine starke Schweiz.

## Haben Sie eine neue (E-Mail-)Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

### Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.  
info@svp-bl.ch  
Telefon 061 421 86 21



## Abstimmungsparolen und Termine

Bitte besuchen Sie die Website der SVP-Baselland für die Abstimmungsparolen und Termine vom 13. Februar 2022.

## Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Redaktion: flash@svp-bl.ch, Druck: Schaub Medien AG, Sissach.  
Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per E-Mail an: info@svp-bl.ch  
Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / www.svp-bl.ch